

...weil ich hier ...
...weil ich hier ...
...weil ich hier ...

...eine Politik der ...
...eine Politik der ...
...eine Politik der ...

...angemessen ...
...angemessen ...
...angemessen ...

Herr v. Kardorff ...
Herr v. Kardorff ...
Herr v. Kardorff ...

Herr v. Kardorff ...
Herr v. Kardorff ...
Herr v. Kardorff ...

Herr v. Kardorff ...
Herr v. Kardorff ...
Herr v. Kardorff ...

Herr v. Kardorff ...
Herr v. Kardorff ...
Herr v. Kardorff ...

Herr v. Kardorff ...
Herr v. Kardorff ...
Herr v. Kardorff ...

Herr v. Kardorff ...
Herr v. Kardorff ...
Herr v. Kardorff ...

Herr v. Kardorff ...
Herr v. Kardorff ...
Herr v. Kardorff ...

Herr v. Kardorff ...
Herr v. Kardorff ...
Herr v. Kardorff ...

Herr v. Kardorff ...
Herr v. Kardorff ...
Herr v. Kardorff ...

Herr v. Kardorff ...
Herr v. Kardorff ...
Herr v. Kardorff ...

Herr v. Kardorff ...
Herr v. Kardorff ...
Herr v. Kardorff ...

Herr v. Kardorff ...
Herr v. Kardorff ...
Herr v. Kardorff ...

Herr v. Kardorff ...
Herr v. Kardorff ...
Herr v. Kardorff ...

Herr v. Kardorff ...
Herr v. Kardorff ...
Herr v. Kardorff ...

Herr v. Kardorff ...
Herr v. Kardorff ...
Herr v. Kardorff ...

Herr v. Kardorff ...
Herr v. Kardorff ...
Herr v. Kardorff ...

Herr v. Kardorff ...
Herr v. Kardorff ...
Herr v. Kardorff ...

Herr v. Kardorff ...
Herr v. Kardorff ...
Herr v. Kardorff ...

Herr v. Kardorff ...
Herr v. Kardorff ...
Herr v. Kardorff ...

Herr v. Kardorff ...
Herr v. Kardorff ...
Herr v. Kardorff ...

Herr v. Kardorff ...
Herr v. Kardorff ...
Herr v. Kardorff ...

Herr v. Kardorff ...
Herr v. Kardorff ...
Herr v. Kardorff ...

Herr v. Kardorff ...
Herr v. Kardorff ...
Herr v. Kardorff ...

Herr v. Kardorff ...
Herr v. Kardorff ...
Herr v. Kardorff ...

Herr v. Kardorff ...
Herr v. Kardorff ...
Herr v. Kardorff ...

Herr v. Kardorff ...
Herr v. Kardorff ...
Herr v. Kardorff ...

Herr v. Kardorff ...
Herr v. Kardorff ...
Herr v. Kardorff ...

Herr v. Kardorff ...
Herr v. Kardorff ...
Herr v. Kardorff ...

Herr v. Kardorff ...
Herr v. Kardorff ...
Herr v. Kardorff ...

Herr v. Kardorff ...
Herr v. Kardorff ...
Herr v. Kardorff ...

Vom Balkan. Rumänische Forderungen.

Die rumänischen Forderungen an Bulgarien werden in folgender Form zusammengefasst: 1. Bulgarien verzichtet auf alle Rechte in der Dobrudscha. 2. Bulgarien garantiert den Rumolandalen alle Rechte, die ihre freie Entwicklung innerhalb der eroberten Länder gewährleisten. 3. Das bulgarische Erbgut wird die Errichtung eines bulgarischen Bistums gestatten und bulgarische Schulen dürfen von Bulgaren finanziell unterstützt werden, obwohl sie dem bulgarischen Ministerium für Volkserziehung unterstehen. 4. Alle Forts am Sittiriz, darunter Midische Tabia, sollen geschleift werden. 5. Desfalls von Sittiriz soll eine Grenzberichtigung stattfinden, so daß die rumänische Grenze am Schwarzen Meer um zwei englische Meilen vorgezogen und

Rumänien auf diese Weise in die Lage gesetzt ist, einen Kriegszug anzulegen.
Ein verhängnisvoller Irrtum.
Der Kapitän Pirabello vom Dampfer „Derna“, der von Vindis in Brindisi eintraf, erzählt, daß S. und G. arabisch Infanterie befehligten. Diese Infanterie operieren, aber nicht befehligt, welches das andere auf einem Umgehungsmanöver überbrumpeln wollte, ohne zu ahnen, daß es bereits von den eigenen Truppen genommen war. Bei dem festigen Feuergefecht, das sich entspann, hatten beide Regimenter zahlreiche Tote und Verwundete, ehe sie ihren Irrtum erkannten.

Deutsches Reich.
Zwölf Millionen Erinnerungsmünzen für 1913.
Der Bundesrat hat, wie schon gemeldet, dem Antrage Preußens betreffend die Prägung von Erinnerungsmünzen im Jahre 1913 in einer seiner letzten Sitzungen zugestimmt.

Wie nun eine Berliner Korrespondenz erklärt, werden im ganzen zwölf Millionen Erinnerungsmünzen ausgeprägt, von denen die Hälfte, also sechs Millionen, auf die Erinnerungsmünzen zur hundertjährigen Kaiserkrone entfällt und die andere Hälfte auf die Erinnerungsmünzen zum 25. Regierungsjubiläum des Kaisers entfällt. Die Erinnerungsmünzen sind zu je drei Millionen Drei- und Zweimarkstücke, die der Münze Berlin in Auftrag gegeben wurden. Der Bundesrat hat in einer weiteren Vorlage die Genehmigung zur Prägung von insgesamt 30 Millionen Erinnerungsmünzen in Silber und Gold, in denen die zwölf Millionen Jubiläumsmünzen enthalten sind, während die restlichen acht Millionen auf die übrigen Drei- und Zweimarkstücke entfallen.

Der unentschiedene Wettlauf.
Das in Paris erscheinende Blatt „Le Messager d'Alsace“ bringt in seiner Nummer vom 1. Februar die Stellungnahme des elsass-lothringischen Zentrums zum Fall Wettzell. Das elsass-lothringische Zentrum hat in einer gehaltenen Sitzung über die Opportunität der Abhängigkeit Wettzell

beraten. Trotzdem sich mehrere einflussreiche Persönlichkeiten in der Partei dafür aussprachen, sind sie doch nicht...
Der letzte Satz ist wohl das Interessanteste an der Meldung. Da die Jugend nur liberal bleibt, wenn das Zentrum...
und Religion.

Hof- und Personalmeldungen.

* Der Kaiser weilt in Gesellschaft des Königs von Sachsen Montag bis gegen 4 Uhr in der sächsischen Gesandtschaft in Berlin und kehrt dann nach dem königlichen Schloß zurück. Der König von Sachsen hat um 4 1/2 Uhr die Kaiserreise nach Dresden angetreten.
* Der französische Botschafter Herr Jules Cambon hat heute Sonntag dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Herrn v. Jagow einen längeren Besuch ab.
* Der neuerwählte deutsche Botschafter in Rom Herr von Tschudi ist an einer Herzaffektion nicht ungefährlich erkrankt. Sein Zustand wird vorläufig in Darmstadt, der Stätte seiner bisherigen Wirksamkeit, verbleiben.

Ausland.

Englands Presse für die deutsch-englische Verständigung.

Der Appell des deutschen Botschafters zur besseren Verständigung zwischen Deutschland und England findet in der englischen Presse lebhaften Widerhall. „Daily News“ sagt: „Unsere Beziehungen zu Deutschland sind nicht allein zu verbessern, sondern tragen große Hoffnungen für die Zukunft in sich. Sie rufen ein lautes Rufen der aus Dummheit, aber mit größter Energie angelegenen Spannung zu. Gelegenheit der Maximalität haben wir die gefährliche Neigung einiger Intriganten in Frankreich und England mitzusehen, die Entente als politisches Werkzeug gegen Deutschland zu benutzen. Wir dürfen erwarten, daß das Auswärtige Amt hierüber sehr auf der Hut ist.“ — „Daily Graphic“ hofft, daß die englische wie die deutsche Regierung, aus dem Balkanproblem, das sie einander näher gebracht habe, lernen mögen, wie notwendig für beide Völker die Pflege vertrauensvollster Beziehungen auf einer dauernden Grundlage ist.

Kaiser Franz Josephs Hand schreiben.

Das „Neue Wiener Tagblatt“ schreibt: Jüngst haben wir einer Zuschrift Raum gegeben, daß von politischen Kreisen angenommen werde, daß das kaiserliche Handschreiben an den Jaren auf die albanische Abgrenzungsfrage und auf die Frage der Anbahnung russischer Truppen an der österreichischen Grenze Bezug nimmt. Wie wir nun von kompetenter Stelle erfahren, ist diese allerdings vielfach verbreitete Annahme irrig. Richtig ist, daß das Handschreiben eine Folge der bewegten Zeiten und der allgemeinen Lage ist.

Die Pariser Sacharin-Konferenz.

In Paris präsierte Finanzminister Rog gestern nachmittag der Eröffnung der Internationalen Konferenz zur Regelung des Handels mit Sacharin und ähnlichen Substanzen. Auf der Konferenz sind vertreten Deutschland, Österreich-Ungarn, Belgien, Griechenland, Italien, die Niederlande, Portugal, Rußland und die Schweiz. Nachdem Rog die Begrüßungsrede gehalten hätte, wählten die Delegierten Dr. Bordan zum Vorsitzenden der Konferenz.

Ruhe in Liberia.

Die „Königliche Zeitung“ meldet aus Monrovia: Am Geburtstag des deutschen Kaisers trafen der Präsident und der Staatssekretär von Liberia dem Kaiser einen Besuch ab. Der Präsident und die Minister Liberias kamen an einem Festmahl beim deutschen Konsul teil. Die guten Beziehungen zwischen der Regierung und dem deutschen Konsul sind wieder hergestellt. Der Kommandant des Kaisertrahes erhielt einen liberischen Orden.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., den 4. Februar.

Stadtvorordneten-Sitzung.

Falle a. S., 3. Februar.

Am Vorabendlich die Herren Justizrat Föhring, Kaufmann Probst und Rentier Knaabe.
Eingegangen ist eine Petition des 2. kommunalen Vereins um Abänderung einer Voromalur auf dem Liebesplatz; sie geht an den Petitionsauschuß. Weiter ist eine Eingabe des Vorstandes der Kaufmännischen Distriktskassiererei, worin er ausführt, daß die neue Petition, an der das Fehlen der Unterschrift geübelt wurde, ordnungsgemäß unterschrieben worden sei. Der als daran mehrere interessierte Vater und der Vater zweier als letztere ist eigene Sache der Kommission, an der läßt sich das Exemplar jeder Eingabe, das ihm als Stadtverordneten vorzulegen sei, nicht unterschrieben geübelt. Kleinfeld habe nun ihm noch ein Exemplar, ein durch Übertragung zur Tagesordnung erledigt.
Eine große Anzahl Firmen aus den Hauptstraßen wendend sich in einer Petition gegen die neue Polizeierordnung die Eingabe wird dem Bauauschuß zugeleitet.
Danach tritt man in die Tagesordnung ein.
1. Infolge Einstellung eines Benzinautomobil-Franzosen wagen in Gebäude der Hauptfeuerwache und ist es notwendig, die zur Unterbringung der Fahrzeuge erforderlichen Räume zu beschaffen. Als Beheizungsart kommt

sowohl in wirtschaftlicher Beziehung als auch wegen der Polizeierordnungen und der Feuergefährlichkeit eine Zentralheizung in Frage. Um jedoch die einzubauende Heizungsanlage vollständig auszunutzen, empfiehlt es sich, nicht nur die beiden Automobilschuppen, sondern auch noch einige andere dauernd in Benutzung stehende Räume an die Heizung anzuschließen. In Frage kommt noch ein Schlafraum für Mannschaften im Erdgeschloß und das Telegraphenzimmer im ersten Obergeschloß. Es sind zur Ausführung der Heizung in der geplanten Ausdehnung 2400 Mk. erforderlich. Die Mittel sollen aus Kap. XX, 11, in welchem noch rund 25 000 Mark zur Verfügung stehen, entnommen werden. Die Versammlung stimmt zu. (Referenten Herren Stov. G r e m p l e r und F a u t s c h.)

2. Für das Restaurier-Restaurant soll ein neuer Kellnerherd beschafft werden. Die erforderlichen Mittel sollen dem gemeinschaftlichen Dispositionsfonds, in dem noch 26 000 Mk. vorhanden sind, entnommen werden. (Referenten Herren Stov. K e n n e r und G r a d e h a n d.)

4. Der Magistrat hat bei der Beschaffung 1500 Mk. zu einer Schaulinien für die U n g e r i s c h e n S t a d t t h e a t e r für die Teilnahme an der 22. Hauptversammlung des Allgemeinen Deutschen Mädchenschulvereins Ostern 1913 in Halle zu bewilligen. Die bei dieser Theateraufführung von den Besuchern der 23. Hauptversammlung und den Mitgliefern der beiden städtischen Körperkassen sowie des Kuratoriums der höheren Mädchenschule nicht bestellten Plätze sollen den Schülerinnen in den oberen Klassen der hiesigen höheren Mädchenschulen kostenfrei überlassen werden. Die Versammlung genehmigt die Vorlage. (Referenten Herren Stov. D e h n e und F a u t s c h.)

5. Von Aufstichtes wegen ist für erforderlich erachtet worden, die praktizierenden Hebammen von Zeit zu Zeit zu Wiederholungskursen heranzuziehen, die in der hiesigen Frauenklinik während eines Zeitraums von 13 Tagen stattzufinden pflegen. Da diese Kurse die Beteiligten von der Ausübung ihres Gewerbes abhalten, zugleich aber Verpflegungsstellen in der Klinik verursachen, hat die betreffende Anstalt teilweise Widerstand gefunden. Auch ist ihre zwangsweise Durchführung dadurch ausgeschlossen worden, daß die eine solche Teilnahme vorschreibende Bezirks-Polizeiverordnung vom Kammergericht für ungültig erklärt worden ist. Unter diesen Umständen erübrigt nur — wenn man überhaupt der Stadtgemeinde einen wohlgeleiteten, sich fortbildenden Beamtensstand aus allgemeinen Wohlfahrtsgründen erhalten will — die Kosten des betreffenden Kurses wird der bereits in den Landkreisen geübten Praxis auf Stadtmittel zu übernehmen. Sie betragen nach der Berechnung des Kreisarztes, die je jährlich nur 6 (im Alter unter 55 Jahren befristete) Hebammen zu dem Kursus veranlassen will, für Verpflegung 8 x 30 = 240 Mk., für Entschädigung 6 x 5 x 13 = 390 Mk., zusammen 630 Mk. Das Kollegium stimmt zu. (Ref. Herr Stov. B r e c h m e r.)
6. Wie Herr Stov. D ö h l e r als Referent vorlegt, hat der Magistrat beschloßen, anstelle der im Haushaltsplan für 1913 bei Kap. XIV C 3 vorgeesehenen beiden Regenschirmen für Pferdebespannung eine

Automobilmaschine

„Gintee“ zum Preise von 9250 Mk. zu beschaffen. Die Kosten sollen mit 2400 Mk. aus Kap. XIV C 3 für das Jahr 1913 und mit 6850 Mk. dem gemeinschaftlichen Dispositionsfonds des Rechnungsjahres 1912 entnommen werden.
Der Finanzauschuß empfiehlt den Antrag.
Die Stov. D ö h l e r und H a a f e verlangen, daß eine Preisbeiz vereinbart werde.
Herr Stov. G r o t e erklärt, das sei selbstverständlich. Das Rekruto sei nötig mit Rücksicht auf unser hügeliges Terrain, das eine starke Abnutzung der Pferde mit sich bringe.

7. Durch Gemeindebeschuß vom 7. März 1912 ist das Dienstentommen der Schulvorsteherin und der Lehrerinnen an der hiesigen staatlich-höheren Handel- und Gewerbeschule für Mädchen mit Wirkung vom 1. April 1912 wie folgt festgesetzt worden: a) Lehrerinnen: Anfangsgehalt einhalb, Wohnungsgeld 1900 Mk., 6 Zulagen a 200 Mk. von 3 Jahren, Gehaltszahl 3100 Mk. b) Schulvorsteherin: dieselben Gehaltsätze wie die Lehrerinnen, daneben eine Amtszulage von 800 Mk. Hilfslehrerinnen: 1400 Mk. im ersten und zweiten Dienstjahre (wie bisher), 1500 Mk. im dritten Dienstjahre, und 1600 Mk. vom vierten Dienstjahre ab.

Der Herr Minister für Handel und Gewerbe hat diesen Vorschlägen mit folgenden Änderungen zugestimmt:

1. Das Höchstgehalt der Lehrerinnen zugleich der Mietententschädigung soll den Betrag von 3000 Mk. nicht überschreiten.

2. Der Bestimmung über die pensionsfähige Zulage der Schulvorsteherin ist folgende Fassung zu geben: „Die Amtszulage der Schulvorsteherin beträgt bei 1 bis 2 Lehrkräften 300 Mk., bei 3 bis 5 Lehrkräften 600 Mk., bei 6 und mehr Lehrkräften 900 Mk.“

3. Die Vergütung der vollbeschäftigten Hilfslehrerinnen soll im ersten Dienstjahre 1300 Mk., im zweiten Dienstjahre 1450 Mk., vom dritten Dienstjahre ab 1600 Mk. betragen. Hiernach wird das Höchstentommen der Schulvorsteherin und der fest angestellten Lehrerinnen um je 10 Mk. gekürzt. Dagegen tritt bei den Hilfslehrerinnen im zweiten und dritten Dienstjahre eine geringe Erhöhung der von den städtischen Körperschaften beschlossenen Sätze ein, was für das laufende Etatsjahr eine Mehrausgabe von 150 Mk. bedingt. Die Versammlung stimmt zu. (Ref. Stov. M e y e r.)

8. Die auf Grund des Gemeindebeschlusses vom 6. Jan. 1913 zu zahlenden Umzugskosten-Entschädigungen sollen fortan, soweit sie dem Hauptort zur Last fallen, dem gemeinschaftlichen Dispositionsfonds der beiden städtischen Körperschaften und, soweit sie aus Mitteln der Betriebswerke zu decken sind, dem selbst zu erwartenden Ueberflüssen ohne weiteres entnommen werden. (Referent Herr Stov. B e c h m e r.)

9. Der bisherige Tarif über das Einkaufsrecht bei Verleihung von Holztafelstücken wird auf 5 Jahre genehmigt. (Ref. Herr Stov. F a u t s c h.)

Danach wendet sich das Haus den Beratungen des städtischen Etats zu.
Herr Stov. H e r z a u referiert über den Haushaltsplan der Oberrealschule.
Herr Stov. D ö h l e r fragt an, ob dem Magistrat bekannt ist, welche

Zustände an der Oberrealschule

bestehen. Direktor Schotten hat in der Sekunda gewisse Pflichtstunden für mathematischen Unterricht zu erteilen. Wie mir von vertrauenswürdiger Seite gesagt wird, erscheint er meist 10 bis 15 Minuten vor Ablauf der angelegten

Unterrichtsstunde in der Klasse, während dieser anderen Zeit von 1/2 Stunden sind die Schüler sich ganz überlassen. Herr Schotten gibt während dieser kurzen Zeit lediglich Aufträge, aber nicht den ordnungsmäßig zu erteilenden Unterricht. Durch diese Art und Weise des Unterrichtslebens ist es ausgeschlossen, daß den Schülern eine eingehende Belehrung zu teil wird und die Eltern genötigt sind, nun das Fehlen nachzuholen, Nachhilfeunterricht erteilen zu lassen. Auch sollen andere Zustände noch vorhanden sein, die bedauerlich sind. Hat nur der Magistrat eine Handhabe, Direktor Schotten zur pünktlichen Innehaltung der Pflichtstunden anzuhalten, oder kann Herr Direktor Schotten mit der Erteilung der Pflichtstunden insulden und wahren wie er will.
Herr Stadtschulrat Brendel entgegnet, daß der Magistrat allerdings auf den inneren Betrieb der höheren Schulen, die dem Provinzialschulkollegium unterstehen, nur geringen Einfluß hat. Aber die Vorwürfe seien so schwerwiegend, daß er dem Kuratorium unterbreiten werde. Das Kuratorium habe dann wohl Mittel, falls sich die Anschuldigungen für wahr herausstellen, Abhilfe zu schaffen.
500 Mk. für die Beschaffung eines Kugelstoppers, die der Staatsauschuß freizugeben will, werden zur Verfügung beider hiesigen Behörden gestellt.
Der Etat wird genehmigt.

Herr Stov. H e r z a u referiert sodann über das U n g e r i s c h e n E t a t b e t r a g t mit dem Referenten der Bauauschüsse, Herrn Stov. S c h u l z e, 5000 Mk. für Erneuerung des Dineleumebelens usw. zu freieren.

Herr Stov. M e y e r II klagt über unzureichende Klassenräume.
Herr Stov. H o e bestätigt, daß schwere Mängel hinsichtlich der Räume bestehen.

Herr Stadtschulrat Brendel bemerkt, daß die Verwaltung seit längerem den Plan erwäge, ein

neue höhere Mädchenschule

zu bauen. Sie wird im Norden erbaut werden müssen. Aber man hat die Ueberzeugung gewonnen, daß der Neubau noch ein paar Jahre verschoben werden kann. Wie haben anderweitig freie Räume geortet? Vom 1. April ab haben wir 5 neue Räume in der umgebauten Turnhalle des Stadtgymnasiums zur Verfügung, drei davon werden wir gleich in Benutzung nehmen. Also die Katastrophe ist sehr wohl beachtet worden und man hat Abhilfe vorgezogen.
Danach wird der Etat mit dem Abtritt von 5000 Mk. genehmigt. Desgleichen der Etat der Frauenschule. (Ref. Herr Stov. B o r g e s.)

Danach referiert Herr Stov. M e y e r I über den Etat der katholischen Volksschule, Hülfschule und allgemeine Schullassen. Die Haushaltspläne finden die Billigung der Versammlung.

Die Herren Stov. D e h n e und F a u t s c h referieren über den Etat des Stadttheaters.

Herr Stov. D i t t e r b u r g bemängelt, daß die Theaterleute zu wenig freie Tage haben. Vorstellungen beim Theaterdirektor seien erfolglos geblieben. Hinsichtlich der Volksvorstellungen wünscht Herr Osterburg, daß sie von 12 auf 16 vermehrt werden. Die Preise für die hintere Galerie und die letzten Plätze des zweiten Ranges seien im Verhältnis noch zu hoch. 15 Pfg. statt 25 Pfg. ist richtiger und entspreche den Preisen in den besseren Plätzen.
Herr Stov. B o r g e s erwidert, daß der Theaterdirektor freiwillig 5 Volksvorstellungen mehr gibt, als vertraglich ist. Daß die Volksvorstellungen sich an den Anfang und Schluß der Spielzeit drängen, ist nicht zu umgehen. Die Preise für die besseren Plätze seien schon im Vorjahr erhöht; der Preis für die geringeren Plätze, der 25 Pfg. beträgt, könne nicht noch weiter herabgesetzt werden. Für die Theaterarbeiter wird eine Staffel ausgearbeitet, die allerdings erst in Geltung kommen kann bei der Neuverpflichtung des Theaters.

Herr Stov. E m m e r meint, die Kostion von 4200 Mk. als Vorkosttrag des Theaterrestaurants müsse gestrichelt werden, da das Theaterrestaurant nicht mehr verpachtet werden soll. Der Zuschuß würde sich damit auf 100 000 Mk. erhöhen.
Herr Bürgermeister v. H o l l y die Dinge werden zur Zeit beim Magistrat erörtert. Er nicht ein gültiger Magistratsbeschuß vorliegt, darf man die Zahlen aus dem Etat nicht streichen. Der Magistrat wird einen Nachtragsetat einbringen.

Der Etat wird genehmigt. Desgleichen der A r m e n e t a t. (Ref. Herr Stov. S p r i n g e r.)

Ueber das Bauwesen referieren Herren Stov. B o e c k e und G r a d e h a n d. Sie beantragen Genehmigung des Etats.

Herr Stov. E m m e r will die Kanalbenutzungsgebühren nicht von 0,9 Proz. auf 1,2 Proz., sondern nur auf 1 Proz. erhöht wissen. Im übrigen tadelt er, daß die Vororte im Pfalteretat zu niedrig wegkommen.

Herr Bürgermeister v. H o l l y verteidigt den Satz von 1,2 Proz. als durchaus gerechtfertigt. Bis zu 1,5 Proz. können wir gehen; wir erheben die Sätze je nach den Anforderungen, die die fortschreitenden Kanalbauten erfordern.

Herr Stov. S i l l e m a n n erucht, bei Schienenverlegungen darauf zu achten, daß das Pfalter nicht beschädigt wird. In der Magdeburgerstraße liege ein solcher Uebelstand vor.
Herr Stadtschulrat L a m m e r s erwidert, daß in der Magdeburgerstraße besonders ungünstige Verhältnisse vorhanden sind, aber bald werde auch da Besserung eintreten. Was Herrn Emmers Klage über Zurücklassung der Bororte anlangt, so sei sie nicht unberechtigt; Giebichtstein konnte besser weg als Vitz-Halle.

Bei der Anruhe und Kaufmännlichkeit, die im Hause herrscht, bleibt die weitere Diskussion, an der sich noch Herr D ö h l e r beteiligt, unverändert.

Herr Stov. D i t t e r b u r g bittet, die Ausschreibung der beschlossenen Kaufpreisen bald vorzunehmen, da unter den Steinlegern große Arbeitslosigkeit herrsche. Die Kanalbenutzungsgebühr sei eine verkappte Mietegebühr; mit ihr sei l. St. der Bürgerlasten überlastet worden.

Herr Bürgermeister v. H o l l y weist diesen Vorwurf zurück. Die Kanalbenutzungsgebühr sei gerecht, denn Mieter wie Hauseigentümer benutzen den Kanal.

Herr Stadtschulrat L a m m e r s bemerkt gegenüber Herrn Osterburg, daß die Steinleger bis zu Weihnachten gearbeitet haben. Das Tiefbauamt tue alles, um den Leuten möglichst lange Arbeit zu geben. Das ernten übrigens die Beteiligten, die selbst ihre Sache zu führen wissen, durch persönliche Rückfrage auf dem Tiefbauamt durchaus an, nur Herr Osterburg nicht.

Herr Stov. F a u t s c h bringt zur Sprache, daß in der Großen Steinstraße das Holzplattier stark ramponiert sei.
Herr Stadtschulrat L a m m e r s gibt das zu. Dori werde die Straße eingetieft befahren, habe als sofortigen

Main table of stock market data with columns for company names, stock types, and prices. Includes sections for 'Deutsche Hypoth.-Pfdbr.', 'Eisenbahn-Stamm-Aktien', 'Bank-Aktien', and 'Industrie-Aktien'.

Vertical text on the right edge of the page, possibly a page number or additional publication information.